

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.  
Bemüher-Sammelnummer 25 241  
Nur für Nachgelese: 2001.

Bezugs-Gebühr  
in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auflage monatlich 14.— M.,  
vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Verband monatlich  
12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.  
Die einzellige 37 mm breite Seite 4.— M. Mit Gemeinenzeichen, Anzeigen unter  
Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1-päckige Ans. u. Verkauf 25.— M. Bezugssatz laut  
Tat. Auswärts Anfragen gegen Barauszahlung. Einzelnummer 70 Pt.

Schriftleitung und Kaufmännische Redaktion:  
Marktstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Epich & Reichardt in Dresden.  
Postleitzahl-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattet. — Unerlaubte Schrifträume werden nicht aufbewahrt.

**Verleih-Magazin** für Möbel, Porzellan, Gläser,  
silberne Bestecke, Tischwäsche, Tafeln u. Stühle usw.

**Andreas Wold. Gottschalch**

Tel. 21480 - Prager Straße 19 - Tel. 12632  
Verkauf von Korb-, Klub- u. Stehrohrtischen — Ein- u. Verkauf von modernen u. antiken Möbeln

**BANKHAUS HERMANN SCHULZ,**  
Schreibergasse 12 Kommanditgesellschaft Schreibergasse 12  
Drahtanschrift: Schulzbank Fernsprecher: Ortsverkehr: 1026, 1034, 1103; Fernverkehr: 2084  
Sämtliche bankmäßigen Geschäfte — Finanzielle Beratung

**Max Glöss Nachf.**  
Montzstraße 18.  
Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,  
Koditöpfe, Schlüsse - Lanz - Kochplatten.

## Heraus mit der Gegenliste!

Ein politisches Spiel mit Deutschlands Ehre.

Unmittelbar nach der Abreise der französischen Delegation, die am Prozeß gegen den General Einger und den Major Gräffs teilgenommen hatte und aus den Verhandlungen gegen die Generale v. Schad und Krüger vor dem Leipziger Reichsgericht beobachten sollte, wurde in Paris eine Kommission von Ententejuristen gebildet, die der Oberste Rat mit der Nachprüfung der vom höchsten deutschen Gerichtshof bis Anfang Juli 1921 gefallten Urteile betraute. Die Kommission hat ihre Arbeiten beendet und ihr Urteil über die Leipziger Prozesse in Form einer Entschließung veröffentlicht, die demnächst dem Obersten Rat vorgelegt werden soll. Es gehört für uns Deutsche ein beinahe übermenschliches Maß von Geduld und Selbstbeherrschung dazu, den Inhalt dieses Dokuments sachlich und ruhig zu würdigen und seine Behauptungen mit wahrheitskräftigen Vorgängen zu widerlegen; denn es faßt ein anderes gegen uns gerichtetes Schriftstück der Alliierten strotzt diese Entschließung von verdeckten Anwürfen und gewollten Verarrestungen, die in uns Angst und Scham lehnen. Sie werden fassen darüber, daß wir in unserer Übermacht gezwungen sind, offenen Auges zu leben über Krieg und Frieden hinzuwenden, Verleumdung und Veropotuna in der Welt zu zusehen. Auf die Waffen des Geistes und des Rechts wollen und dürfen wir gleichwohl nicht einen Augenblick verzichten.

Die Entschließung der Entente-Kommission geht von einer Keraliedierung der „neuen Falle von Kriegsverbrechen“ aus, die vom Reichsgericht behandelt wurden, je nachdem sie von der französischen, belgischen, englischen oder der deutschen Regierung abhängig gemacht wurden, um dann am Ende dieser Aufzählung mit dem verdeckten Vorwurfe gegen Deutschland herauszurücken, daß man über die vor einigen Monaten dem Reichsgericht übermittelten historischen Akten bisher noch nicht verhandelt habe. Dieser Vorwurf ist in doppelter Hinsicht unverdeckt und unhaltbar. Einmal war die deutsche Regierung nach der unermüdeten Abreise der französischen Delegation offiziell und inoffiziell aus Kenntnis davon unterrichtet worden, daß man in Ententekreisen keinen Wert mehr auf weitere Untersuchungen des Reichsgerichts legte, daß vielmehr eine partitisch zusammengeführte Ententejuristenkommision sich über die Art und Weise der künftigen Kriegerprozeße schließen sollte. Und zum andern war die Übergabe eines Zeipzigers Unterlagen keineswegs mit dem Angabe eines Zeitpunktes verbunden, bis zu dem über diese „Falle“ verhandelt werden müßte. Selbstredend ist auch das französische Anklagematerial läudhaft und fragwürdig, wie es das der französischen und der englischen Regierung ebenfalls war, so daß es nicht weniger Bemühungen und Befremden bedarf, um den Kern der Sache herauszuhäulen.

Nach diesem stimmungsmachenden Präliminium brauchen sich die Ententejuristen in ihrer Entschließung, ihre „überzeugende Ansicht“ zum Verfahren des Reichsgerichts bekanntzugeben. Sie glauben feststellen zu dürfen, daß das Gericht „mit ganz geringen Ausnahmen nicht angängige Bemühungen zur Ausdehnung der Wahrheit“ unternommen habe, daß die Urteile keine Benutzung für die anklagenden Nationen bedeuteten, weil einzelne Angeklagte freigesprochen wurden, und daß endlich die ausgeschrockten Strafen „nicht genügend“ gewesen seien. Alle diese drei Gründe, die angeblich zur Unzufriedenheit Anlaß geben, fallen in sich zusammen, wenn man die Frage nach dem, worauf es in Leipzig ankam, dahin formuliert, ob die Prozeß vor dem Reichsgericht der Gerechtigkeit, dem Rechte dienen oder ob sie eine „Benutzung“ für die anklagenden Mächte erbringen sollten. Beide Aufgaben sind, wie man sieht, nicht unter einen Hut zu bringen. Nach dem Gesetz des Verfaßter Vertrags und nach dem gleichzeitigen Aushangschild, hinter dem sich die Weltstaaten in allen Kriegs- und Nachkriegsfragen zu verborgen belieben, jenem Aushangschild, auf dem in großen Lettern die Worte: Weltfriede, Gerechtigkeit, Selbstbestimmungsrecht u. a. m. stehen, sollte die beherrschende Aufgabe von Leipzig sein, das Recht zur Wahrung zu bringen, Urteile zu fällen, die sich auf die objektivste Einschätzung der gegebenen Tatsachen stützen, die der Wahrheit zur Ehre verhelfen. Wer sich des Gangs der nun Prozeß erinnert, merkt in diesen Tagen die eingehenden Neugenerneuerungen, die Plädoyers des Oberreichsanwalts, den Wortlaut der Urteilsbegründungen nochmals durchlich, der kann zu seiner anderen Meinung gelangen als der, daß es seinen Gerichtshof in der ganzen Welt gibt, der so sachlich und so ohne alle Verfälschung irgendwelcher Nebeninteressen geurteilt hätte, wie es das Leipziger Reichsgericht getan hat. In dieser Überzeugung waren sich nicht nur die deutschen Parteien und ihre Presse von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten einschließlich einig, auch das neutrale Ausland und die denkende Blätter in den Ententestaaten vertretenen Ansichten über die Leipziger Prozesse, die dem obersten deutschen Ge-

Gegen die Auslieferung deutscher Volksgenossen

wurde von den unterzeichneten Vereinen folgende Entschließung gefaßt:

Die feindliche Kommission in Sachen der Kriegsbeschuldigten hat dem Obersten Rat die Entschließung unterbreitet, die Angeklagten den alliierten Mächten zur Aburteilung auszuliefern. Wir erheben in ließler Empörung schärfsten Einspruch gegen diese ungeheurelle Forderung, die nicht Schuldige durch Richter verurteilen, sondern Deutsche durch rachsüchtige Feinde bestrafen will.

Gegen diese unerhörte neue Forderung kann es auch heute, wie im Februar 1920, nur eine Antwort in allen deutschen Gauen geben:

**Niemals!**

Wir deutschen Soldaten treten für unsere bedrohten Kameraden ein, wenn es sein muß, mit dem Leben. Wir wenden uns an das gesamte deutsche Volk, in dieser Stunde zusammenzuleben wie ein Mann.

Von der Reichsregierung fordern wir erneut und dringend, daß sie die deutsche Ehre wählt und allen Bedenken zum Trotz nunmehr das Verlangen weiterer Kreise Deutschlands und des neutralen Auslandes erfüllt:

**„Heraus mit der Gegenliste!“**

**Deutscher Offizier-Bund, Landesverband Sachsen**  
**Militär-Universaler-Bund**  
**Nationalverband Deutscher Offiziere, Landesverband Sachsen**  
**Reichsoffizier-Bund 1920.**

**Reichswirtschaftsverband derz. und ehem. deutscher Berufssoldaten (A. d. B.)**  
**Sächsischer Militär-Bereins-Bund**  
**Verband nationalgesinnter Soldaten, Landesverband Sachsen.**

richtshof vollste Anerkennung zuteil werden lassen. Man denkt an die Anerkennungen des englischen Solicitor-General Sir Ernest Pollock und des Attorneys-General Sir Gordonewart oder an die Stimmen im „Daily Telegraph“ und in der „Morning Post“. Und nun auf einmal stellen irgendwelche Ententejuristen im Gegensatz zu jenen führenden englischen Rechtsvertretern fest, daß die Leipziger Urteile und das Verfahren des Reichsgerichts feinerlei Genußigung böten, wändeln die Anerkennung, die aus der Wille ihrer eigenen Nationen kam, in Verächtlichkeit, fordern „einstimmig“ die Vollstreckung des Artikels 228 im Verfaßter Vertrag, der die Auslieferung der deutschen Kriegsbeschuldigten verlangt.

Hier muß etwas im Spiegle sein, das nichts gemein hat mit den Zielen der Gerechtigkeit, etwas, das dieses heilige Gut der Menschheit als Mittel zum Zweck erniedrigt. Und es ist nicht zu schwer, das ganze Manöver, das hier vorgeht, zu entlarven. Die Juristenkommission der Entente brüderl. seit einem halben Jahre über ihre Stellungnahme zu den Leipziger Urteilen, die sich in jener für den Obersten Rat berechneten Resolution fundt. Sie wird niemandem weismachen wollen, daß sie ihren Spruch nicht bereits vor Zusammentritt des Obersten Rates in Cannes fertig in der Schublade liegen hatte. Warum hat sie ihn nicht damals zur gegebenen Gelegenheit veröffentlicht und den Herren Briand und Lloyd George zugängig gemacht, damit diese beiden, die sich sowohl mit deutschen Angelegenheiten zu befassen gedachten, sich gleichzeitig und endgültig über die Kriegsbeschuldigungsfrage schlägt werden könnten? Ganz einfach deshalb, weil Briand und Lloyd George und mit ihnen die ganze vernünftige Welt eine Entschließung dieses Inhalts als ihre Pläne in höchstem Maße förmend empfunden und sie wahrscheinlich zurückgewiesen und veragt hätten. Jetzt ist die Situation ein wenig anders geworden. Briand ist zurückgetreten, an seine Stelle trat der Mann, der die Leipziger Prozeß einst eine „üble Komödie“ nannte. Der Oberste Rat ist auseinandergezogen, Lloyd George wieder in London; die berüchtigte Resolution, ihre zweckvolle Veröffentlichung, kann sich also vor allem in Frankreich zunächst einmal auswirken. Sie zieht Wasser auf die Rühen der französischen Nationalen, läßt die Stimmung gegen Deutschland, die sich schon ein wenig verstößt und weiter die Anerkennung kommt würdig ein. Das ist der Sinn, der der Wahl des gegenwärtigen Zeitpunktes der Veröffentlichung dieses Machtwesens zugrunde liegt.

Und das ganze, Resolution und Zeitpunkt der Veröffentlichung, ist das Produkt des französischen Haß- und Verhöhnungsbedürfnisses, das es nicht mit aussehen kann, wie sich leider nur allzu langsam, wieder die Hände des Wiederaufbaus um den schwer beimgeschossenen europäischen Erdbeben. Alle die Worte, die der neue französische Ministerpräsident, der oberste Vertreter jener manuistischen Weissichtung in Frankreich, in diesen Tagen über seinen und Frankreichs ernsten Willen, zu jeder Begleitung mit seinen Freunden und Alliierten an der Festigung des Friedens zu arbeiten, ausspricht, seine scheinheilige Behauptung, daß er sich für eine „Abstützung der Freiheit“ einsetzen wolle, all das ist gemacht, ist ettel Spiegelbilderei, der man nicht misstrauisch genug gegenüberstehen kann.

Es besteht leider wenig Hoffnung, daß die deutsche Regierung der Regierung Poincaré und der in Geistesver-

wandschaft mit ihr stehenden Erklärung der Entente-Kommission gegenüber die geeignete Haltung einnehmen wird. Sie hat durch den Mund ihrer Vertreter anlässlich des Pariser Kabinettowechsels äußern lassen, daß sie um keinen Fall von ihrer bisherigen Politik abgehen wird. Und es ist höchst zweifelhaft, ob sie endlich in einer anderen Auffassung gelangt, wo es gilt, ein Dokument, das die Ehre des deutschen Namens im höchsten Maße kompromittiert, zu entkräften. Man muß diesem Mangel an Vertrauen zur Regierung Ausdruck geben, schon um die lauen Elemente des Volkes, die ihr Heil von der Erfüllungskraft des Männer um Wirth erwarten, rechtzeitig zur Abwehr des und gegenüber geplanten neuen Schlags auf den Tamm zu bringen, und man spricht die Befürchtung der Untätigkeit des deutschen Kabinetts auch in diesem Falle nicht ohne schwerwiegende Begründung aus. Das Kabinett Wirth hätte dem Stoß der Entente-Kommission längst zuvorkommen können, wenn es die in seinem Besitz befindlichen Wände über feindliche Kriegsverbrechen der Feindseligkeit überwältigt. Es wäre die entschieden zu verneinende Frage gewesen, ob die Ententejuristen es gewagt hätten, aufgrund einer erdrückenden Fülle von Kriegsverbrechen ihrer eigenen Landsleute nochmals den törichten Auslieferungsparagraphen, über den man bereits allenthalben Dras gewahrt glaubte, hervorzuzaubern und seine Durchführung dem Obersten Rate anheimzugeben. Aber die deutsche Regierung zögerte trotz der mehrfachen Bitten ihrer Vorgängerinnen, nur um ja im Auslande den Eindruck nicht aufzunehmen zu lassen, es gäbe eine zielbewußte, den Alliierten vielleicht auch monatlich unangenehme deutsche Politik. Man braucht sich bei der Passivität der Regierungsmänner in diesem Falle nicht lange aufzuhalten. Räume der Tora, an dem der Poincaré-Einsatz im Obersten Rate steht, an dem der Kommissionsvorschlag von den alliierten Ministerpräsidenten gutgeheissen und abermals eine Auslieferung deutscher Kriegsbeschuldigter verlangt würde, dann würde das deutsche Volk in seiner Wehrheit über das willensarme Kabinett Wirth hinans und würde auf das Auslieferungsverlangen, jenen „geraden überwältigenden Gedanken“, wie es das führende Blatt der deutschen Sozialdemokratie nennt, in einer leichtsinnigen Ablehnung, die zum Ärger bereit ist, die einzige mögliche und eine Deutschen würdige Antwort erzielen.

**Frankösische Friedensverbrecher in Oppeln.**  
Oppeln, 16. Jan. Wie die „Oppelner Moränenzeitung“ meldet, erschienen in einem Restaurant zwei französische Soldaten und verlangten vom Wirt Schnaps. Der Ausdruck von Alkohol ist interallierten Belästigungstruppen durch eine Verfügung der Interallierten Kommission strengstens verboten. Der Wirt machte die Soldaten darauf aufmerksam, worauf der eine von ihnen ein Messer zog und gegen den Wirt vorschob wollte. Er traf dabei einen deutschen Zivilisten und stach ihn nieder. Der Zivilist war sofort tot. Der entlaßte Soldat, der sich dogmatisch war, wurde von den Franzosen durch Mehrfache Schüsse getötet. Die beiden Franzosen ergaben darauf die Flucht und sind entkommen.

**Was man sich Deutschland gegenüber erlaubt.**  
Berlin, 16. Jan. (Private Telegramm.) Die Interallierten Militärkontrollkommission hatte laut „Deutscher Allgem. Zeit.“ an Weihnachten eine Glücksloskarte auferlegt lassen, auf der das Brandenburger Tor mit aufgeplätzten englischen, französischen, italienischen und japanischen Flaggen dargestellt ist. Aus diesem Anlaß ist bei dem Vorlesenden der Interallierten Kommission Einspruch erhoben worden.

# Dr. Rathenau's Rede vor dem Obersten Rat.

Berlin, 16. Jan. In seiner vor dem Obersten Rat am 12. Januar gehaltenen Rede, die in ihrem Hauptinhalt bereits veröffentlicht wurde, besprach Reichskanzler a. D. Dr. Rathenau, daß die deutsche Delegation, die ernsthaft bemüht sei, alle gewünschten Auskünfte rücksichtslos und wahrheitsgetreu zu geben, darüber hinaus bereit sei, in dem von ihr geforderten Maße an den Aufgaben dieser Konferenz mitzuarbeiten. In Beantwortung der sich auf den Umfang der von Deutschland zu bewältigenden Sach- und Friedensverhandlungen bezüglichen Fragen hob Dr. Rathenau hervor,

daß Deutschland entschlossen sei, bis zu den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu gehen.

Das Deutschland leidet durch einen verlorenen Krieg, durch schwere Verluste und durch eine Revolution hindurch gegangen sei. Deutschland erfuhrte dabei am schwersten die unvorsichtigen Anstände seiner Lebensverhältnisse und seiner Finanzen und so wurde, sie zu bejammern. Es wünschte nicht, den Weltmarkt durch Unterwerfung zu zerstören. Die beiden Hauptarten äußere Verschuldung und innere finanzielle Sanierung vor die Deutschland dadurch gezwungen, widerstreiten einander. Es mußte eine Summe gefunden werden, deren Zwecke errichtet sei und welche der wirtschaftlichen Lage der englischsprachigen Nationen entgegengesetzt ist. Ein solches Verfahren wählte Dr. Rathenau die im Obersten Rat am 19. Januar 1922 genannten Rätsel: 100 Millionen Reparationen und 100 Millionen für Sachleistungen einschließlich der außenen Belastungsosten.

Deutschland kann nur durch seine Handels- und Zahlungsbilanz und nicht gezielt eine aktive Handels- und Zahlungsbilanz haben. Die deutsche Wirtschaftsleitung aber ist voreilig mit einem Einkaufsbedarf von 2 Milliarden Lebensmittel und 25 Milliarden Rohstoffen, und zwar ohne verarbeitete Fabrikate und ohne Verarbeitung. Außerdem ist im Gegenvorstand neuer Goldmarkanteile jährlich an das in Deutschland Kapital zugehende Ausland zu zahlen. Die Basisreise der Wirtschaftsleitung beruht auf 2 Milliarden Goldmark, denen eine Ausgabe von nur 3½ bis 4 Milliarden genügt. Es besteht somit ein Haushalt der Zahlungsbilanz von 2 Milliarden über vor Sichtung freie Gelder der Reparationen auf. Beide sind Georgs bestätigte. Dr. Rathenau, daß infolge des Standes des Weltindex auf 100 die deutsche Ausgabe jetzt 14 bis 15 Milliarden Goldmark betragen müsse, wenn sie dem Weltkriegstand entspreche. Sie habe nun also auf ein Viertel vermindert.

Die Dekade des Defizits

Der Zahlungsbilanz befinden nur drei Möglichkeiten: Verlust der Subsistenz des Landes, große answartige Anstreben oder Verlust der Wirtschaftsleitung. Den Ausweg aus der Pandemie führt Deutschland leider nicht verhindern können. Die Verschuldung einer neuwähltigen Nationalen Regierung ist damit verloren. Sie ist aber unumgänglich geworden, da nach Meinung der Engländer Deutschland aufwendigen Kosten zu zahlen seien. Demzufolge ist es unumgänglich geworden, den Verlust von Wirtschaftsmittel zu verhindern, obwohl das deutsche Volk dadurch ein Nachteil der internationalen Fortschaltung würde. Solange die Wahrung eines Staates auf dem internationalen Markt aus dem Wiederaufbau getrennt ist, ist es unmöglich, freiehand ein Budget auf eine bestimmte Zeit mit Sicherheit in Ordnung zu bringen. Rathenau kritisiert, daß in diesem Augenblick das deutsche Budget für 1922 in Ordnung sei. Eine als Abschaffung zuerst denkbare

Reduktion des Verbrauchs sei kaum erreichbar,

da die Wirtschaften weit unter dem Stande der Weltwirtschaft liegen. Es könne sich also nur um Erhaltung der Produktion und Vermehrung der Ausfahrt handeln. Eine dauernde Vermehrung ist aber schwer, weil sich andere Güter dagegen wenden. Es bleibt das Mittel, die Landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen, aber das erfordert Zeit, bis der infolge des Krieges verschlechterten Bedingungen Preisfall der auf Deutschland entfallenden Güter wiez. Dr. Rathenau darauf hin, daß für 1922 das Budget 30 Milliarden Reparationen und sonstige Friedensvertragssummen trage. Um dies zu balancieren, sei es nötig, die Steuerlasten zu verdoppeln. Es gäbe unter Bereichs, daß

der Deutsche innerhalb einer schwereren Bürde trägt,

als die Engländer irgendwo anders andere, insbesondere der Engländer oder Franzose. Um den Staatshaushalt zu kontrollieren, werde es sich darum zunächst handeln, die Reichsbücher zu balancieren. Eisenbahn, Post, Telegraph. Maßnahmen seien ergriffen, um im Jahre 1922 dies zu erreichen.erner handele es sich um Verteilung der bisher auf Verbesserung der Lebensmittel und aus sozialen Gründen gegebenen Subsidien, die allmählich abgebaut werden würden. Sie für das deutsche Budget wichtigen Zolltarifpreise müssen bis zum dem Weltmarktpreis und würden ihn bei weiterer Verminderung des Dollars übersteigen. Unter Auswendung der bereits erwähnten 500 Millionen Goldmark Fortschaltung und Zahlleistungen von 1450 Millionen Goldmark für 1922, wobei noch die inneren Kosten des Friedensvertrages fännen, kam Dr. Rathenau zu einer Summe von 1350 Millionen Papiermark, die zusätzlich zu dem Budget von 1922 mit seinen 50 Milliarden Papiermark laufen, wodurch das Budget etwa 150 Prozent neue Belastung erfahren würde, so daß es sich auf 2150 Millionen Papiermark belaufen würde. Zur Herstellung der Bilanz gäbe es nur zwei Mittel, nämlich:

Berdoppelung oder Verbreiterung der Steuern

oder eine Niederschmelze.

Da Deutschland schwerer als seine Nachbarn belastet ist, so sei es unumgänglich, die Steuern wieder zu verdoppeln. Eine sehr große Entlastung werde man im Auslande nicht machen können. Eine innere Anleihe werde sehr ernsthaft erörtert werden, sei aber gegenwärtig kaum möglich, da die notwendigen Mittel zur Unterbringung einer Anleihe

## Die Einladung für Genua.

Berlin, 16. Jan. Der italienische Botschafter übersetzte heute abend dem Reichskanzler die Einladung an die deutsche Reichsregierung zu der am 8. März stattfindenden Wirtschaftskonferenz in Genua. Das Einladungsschreiben hat folgenden Wortlaut:

Herr Reichskanzler! Gemäß einer Einladung des Obersten Rates der alliierten Mächte beobachte ich mich, Ihnen Abdruck einer Erklärung zu übermitteln, die am 8. Januar 1922 durch die alliierten Regierungen auf der Konferenz zu Genua angenommen wurde. Im Einklang mit dieser Erklärung und auf Weisung meiner Regierung befreie ich mich, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Finanzkonferenz einzuladen, die in Genua am 8. März 1922 eröffnet werden wird. Ich bitte Sie, mir die Namen Ihrer Delegation und deren Belehrer mitzuteilen. Bezeichnen Sie Herr Reichskanzler nun.

Dem Einladungsschreiben ist der Text der bereits veröffentlichten Erklärung beigegeben, die durch die Konferenz von Genua am 8. Januar angenommen wurde. Unter den in der Erklärung zur Teilnahme ausdrücklich aufgeforderten Mächten werden außer Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien und Rumänien genannt. (B. L. B.)

## Amerikas Ablehnung der Einladung.

Paris, 16. Jan. Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Washington hat zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der englischen Regierung ein Meinungsaustausch über die etwaige Teilnahme Amerikas an der Konferenz von Genua stattgefunden. Die amerikanische Regierung hat die Einladung der Verbündeten, sich in Genua vertreten zu lassen, nicht an-

genommen. Es auch nur annäherndem Umfang wie erforderlich, nicht gefunden werden können. Zur Entlastung des immer wieder auftretenden Vorwurfs, daß Deutschland mit seinen 60 Millionen Einwohnern seiner großen landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung, die voll beschäftigt ist, imstande sein werde, Zahlungen zu leisten, wies Dr. Rathenau darauf hin, daß Deutschland keine Spanne, keine National-Saves habe.

## Es fehlten Deutschland die Reserven aus den Auslandslagen im Auslande.

Dazu kommt der Verlust an Gebiet und Bevölkerung, der Rückgang der Ausfuhr und der Ausfuhrerlöse, der Verlust eines großen Teiles der Rüstofosse, die Taktade, das gerade landwirtschaftliche Überlebensgebiete verloren sind und das die landwirtschaftliche Bevölkerung sich mehr vermindert habe, als die gesamte Bevölkerung, schließlich die Ermäßigung der Dienste und ihres Ertrages, die Deutschland durch Schiffbau, Außenhandel und Bahnverkehr im Auslande leistete. Auf Grund dieser Fakten besteht an Stelle eines Überschusses einer nationalen Erholung von 6 Milliarden Goldmark vor dem Kriege, jetzt ein Defizit von 1 bis 2 Milliarden jährlich.

So steht Deutschland sich amlich auf. Es lebt von seiner eigenen Subsistenz.

Bezüglich der vom Vorsitzenden zur Erörterung gestellten Frage, was Deutschland mit Waren tut, die es nicht ausfüre und auspeilt, verwies Dr. Rathenau auf die Vage der Arbeitsstundenzahl und ihre Verwendung in Deutschland. Der gesamte, durch die gegebenen Verhältnisse, namentlich die Einbuße, die Deutschland durch den Krieg erlitten habe, erforderliche Wiederaufwand an Arbeitsstunden betrage 8 bis 928 Milliarden Stunden. Bei einer arbeitenden Bevölkerung von 21 Millionen und 2400 Jahresarbeitsstunden pro Kopf betrage der Gesamtwert der von Deutschland aufgewandten Arbeitsstunden nicht mehr als 10 Milliarden. Hierzu würden mehr als 9 Milliarden, fast ein Drittel der Gesamtzahl an Arbeitsstunden, aufgewandt, die Deutschland vor dem Kriege nicht aufzunehmen brauchte. Wenn Frankreich es will, so kann es seinen Reparationen nachgehen und ins Auslande eumarischen mit dem Franken hinter sich und dem Raum vor sich. Es würde dabei aber allein marschieren müssen.

London, 16. Jan. Die "Whimmin's Gazette" schreibt:

Es sei klar, daß Poincaré und Lloyd George sich in völliger Übereinstimmung befinden, daß augenblicklich keine Entente und auch keine Grundlage für eine Entente bestehen. Poincaré's Bedingungen seien für England unannehmbar, wie die von Georges für Frankreich. Jede britische Regierung, die sich jetzt setzen würde, Poincaré zugestimmen, würde ebenso sicher rasch gestürzt werden, wie Frankreich. Daily Express schreibt: Poincaré sei der Vorkämpfer des militärischen und aggressive Frankreichs, das auf dem Buchstaben des Vaterlandes Vertrages besteht und entschlossen sei, die ganze Einflussdomäne zu erhalten, das bereit sei, jeden Augenblick ins Ausland einzumarschieren. Wenn Frankreich es will, so kann es seinen Reparationen nachgehen und ins Auslande eumarischen mit dem Franken hinter sich und dem Raum vor sich. Es würde dabei aber allein marschieren müssen.

London, 16. Jan. Die "Times" veröffentlicht einen langen Artikel ihres Chefredakteurs William Steed, der das Blatt auf der Konferenz von Washington und danach auf der Konferenz von Cannes vertreten hat. Über die Haltung der Franzosen auf beiden Konferenzen, und führt dann fort: Vorher nicht die Ansichten der Franzosen mehr der Wirklichkeit entsprechend seien, sei es zweitens, ob die politische Krise in Europa oder die wirtschaftliche Krise der Welt erloschen behandelt werden könne. Der Beginn der Konferenz in Cannes sei in Washington gewesen, denn in Washington habe die amerikanische Regierung ihren ganzen Gustus angewandt, um die amerikanische Presse zurückzuhalten, sonst hätte eine so schreckliche Explosion des amerikanischen Tonnes gegen die Haltung der Franzosen bestanden, das selbst dem Minister die Augen geblendet worden wären. Das Leben der Washingtoner Konferenz sei von Frankreich gründlich verkannt worden. (B. T. B.)

**Gefährdung des Wiesbadener Abkommen.**

Berlin, 16. Jan. Von diplomatischer Seite wird darauf hingewiesen, daß das anständige Gedächtnis Poincarés in der neuen französischen Ministerliste eine grundlegende Bedeutung habe. Poincaré habe also von vornherein und vorläufig auf eine Fortsetzung der deutsch-französischen Friedenspolitik verzichtet. Die ohnehin schon durch die französische Schadelpolitik in Frage gestellte Auswirkung des Wiesbadener Abkommen sei damit erst recht gefährdet. Die Beleidigung Poincarés zeigt auch, daß Poincaré sich kein politisch-kritisches Urteil durch wirtschaftlich bedeckte Gedanken tragen lassen will. Die verhältnismäßig begonnene Epoche der führenden Wirtschaftspolitiker sei nunmehr in Frankreich unterbrochen. Am Zusammenhang mit der Tatsache, daß Poincaré Pochet auf diese fallen läßt, verläuft auch, daß in der Reparationskommission und möglicherweise auch in der Berliner Garantiekommision Personalwechseln eintreten werden.

**Englands Gegnerschaft.**

London, 16. Jan. Die "Whimmin's Gazette" schreibt:

Es sei klar, daß Poincaré und Lloyd George sich in völlig

Übereinstimmung befinden, daß augenblicklich keine Entente

besteht. Poincaré's Bedingungen seien für England unannehmbar, wie die von Georges für Frankreich. Jede

britische Regierung, die sich jetzt setzen würde, Poincaré zugestimmt, würde ebenso sicher rasch gestürzt werden, wie

Frankreich. Daily Express schreibt: Poincaré sei der Vorkämpfer des militärischen und aggressive Frankreichs, das auf dem Buchstaben des Vaterlandes Vertrages besteht und entschlossen sei, die ganze Einflussdomäne zu erhalten, das bereit sei, jeden Augenblick ins Ausland einzumarschieren. Wenn Frankreich es will, so kann es seinen Reparationen nachgehen und ins Auslande eumarischen mit dem Franken hinter sich und dem Raum vor sich. Es würde dabei aber allein marschieren müssen.

London, 16. Jan. Die "Times" veröffentlicht einen langen Artikel ihres Chefredakteurs William Steed, der das Blatt auf der Konferenz von Washington und danach auf der Konferenz von Cannes vertreten hat. Über die Haltung der Franzosen auf beiden Konferenzen, und führt dann fort: Vorher nicht die Ansichten der Franzosen mehr der Wirklichkeit entsprechend seien, sei es zweitens, ob die politische Krise in Europa oder die wirtschaftliche Krise der Welt erloschen behandelt werden könne. Der Beginn der Konferenz in Cannes sei in Washington gewesen, denn in Washington habe die amerikanische Regierung ihren ganzen Gustus angewandt, um die amerikanische Presse zurückzuhalten, sonst hätte eine so schreckliche Explosion des amerikanischen Tonnes gegen die Haltung der Franzosen bestanden, das selbst dem Minister die Augen geblendet worden wären. Das Leben der Washingtoner Konferenz sei von Frankreich gründlich verkannt worden. (B. T. B.)

**Ein französischer Minister.**

Paris, 16. Jan. Denkt vormitag von 9½ bis 12 Uhr

ein französischer Minister, in dessen Vertretung

ausgestellt wurde, soll es werden beobachtet, in einer Reihe

den Gesetzesentwurf über das Misstrauensrecht, die Banque Industrielle de Chine und das neue Rechtsvertragsabkommen zu behandeln. Poincaré macht Mitteilung von der Übernahme des Kolonialministeriums durch Sorcet, der sich

telegraphisch dazu bereits erklärt hatte. An Stelle des Kriegsministers Blignot wird eingesetzt der Kabinettminister

Diot die Geschäfte des Kolonialministers führen.

**Eine Gage an den Reichstag.**

(Nachrichtenunter Berlinschaffung)

Berlin, 16. Jan. Denkt vormitag von 9½ bis 12 Uhr

ein französischer Minister, in dessen Vertretung

ausgestellt wurde, soll es werden beobachtet, in einer Reihe

den Gesetzesentwurf über das Misstrauensrecht, die Banque

Industrielle de Chine und das neue Rechtsvertragsabkommen zu behandeln. Poincaré macht Mitteilung von der Übernahme des Kolonialministeriums durch Sorcet, der sich

telegraphisch dazu bereits erklärt hatte. An Stelle des Kriegsministers Blignot wird eingesetzt der Kabinettminister

Diot die Geschäfte des Kolonialministers führen.

**Die Beamtenförderung nach Neuregelung der Gehaltsverhältnisse.**

(Nachrichtenunter Berlinschaffung)

Berlin, 16. Jan. Der Gesamtverband deutscher Beamten und Staatsangestellten gewahrt, der dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehört, bei dem Reichstag eine Gage über die Besoldungs- und Wohnförderung für die öffentlichen Beamten, Arbeiter und Angestellten zu geben lassen. Es heißt darin hervor, daß schon mit Rücksicht auf die Neuordnung der Gewerbehäuser erfordert sei.

Die von der Regierung vorgeschlagene Ausbelastung durch Erhöhung der Leistungszulagen sei unzureichend. Als Mindestbeitrag einer erträglichen Ausbelastung werden 3600 M. pro Jahr und Person genannt und vorgeschlagen, daß bei einem Ausgangsbetrag von 12 000 M. ein weiterer Zerungszulag von 30 Prozent (statt 20 Prozent) eingeräumt wird. Für die Arbeiter wird dieser Beitrag in Wohnstunden umzurechnen sein. An besonders teuren Orten müßten die Beamten besondere Anlagen erhalten, die im Fall nachzumachen wären. Beiläufig wird weiter eine Erhöhung der Nebenkosten sowie die häufige direktionale Wohnleistung für die Arbeiter. Die Gage beruht sich darauf, daß aus Rücksicht des letzten Eisenbahnpatentes im Westen die Belegschaftsbehörden jetzt anerkannt hätten, daß die Beschäftigung des deutschen Personals zu niedrig sei.

Man muß in höchstem Maße darüber verwundert sein, daß eine so große Organisation wie der Gesamtverband deutscher Beamten und Staatsangestellten gewahrt, sich auf das Ansegnen der Belegschaftsbehörden zu beziehen, während die Rotheisen der Beamten- und Arbeiterschaft, also eines wesentlichen Teiles des deutschen Volkes, anerkannt haben und anerkennt, dann wäre es besser, sie leisteten dem alliierten Obersten Rat und der Garantekommision Informationsdienste, die ja bekanntlich die Abreise vom deutschen Budget nicht eindeutig genug befürworten können, als daß sie in ganz unberechtigter Parteilichkeit sich in innerdeutsche Bewegungen wengen, die sie gar nicht an-

gehen.

**Das Ende der österreichischen Regierungskoalition.**

Wien, 16. Jan. (Ein. Wiedl) Die Koalition zwischen den Christlich-Sozialen und den Großdeutschen hat mit dem gestrigen Tage ausgeholt zu sein. Der Bevölkerung der Parteileitung der großdeutschen Volkspartei lehnt der Vertrag von Lausanne ab. Der Ausspruch der großdeutschen Abgeordneten, der Regierung die weitere Unterstützung zu verleihen, beruft den Minister des Innern Dr. Bacher aus der Regierung ab. Damit hat die Regierungsmehrheit an besiegt aufgeholt. Man rechnet mit der gemeinsamen Demission des Kabinetts. Der Vertrag von Lausanne wird jedoch vorläufiglich von einer christlich-sozialdemokratischen Mehrheit ratifiziert werden. Hierauf sollen neue Verhandlungen zwischen den Großdeutschen und den Christlich-Sozialen zur Bildung einer Regierungsmehrheit eingeleitet werden, die die Sozialdemokraten sich weigern, die Koalition mit den Christlich-Socialen wieder aufzulösen zu lassen. Man denkt an ein Kabinett Dr. Meier. Doch wird auch Vondrách als Kabinettchef genannt.

Wien, 16. Jan. Begrüßt dem Beschuß der Parteileitung der Großdeutschen Volkspartei veröffentlicht die Regierung eine Erklärung, die die Gründe für ihr Verhalten in der Frage des Abkommens von Lausanne darlegt. In den Schlüssen lautet sie darin, daß die Regierung sich verpflichtet fühle, das Abkommen einer vertragsgemäßigen Behandlung zuzuführen, wobei sie sich der Hoffnung hingeben, daß eine nochmalige genaue Überprüfung des Abkommens die Haltung der Regierung rechtfertigen werde. (B. L. B.)

## Poincarés Gegner am Werk.

Paris, 16. Jan. Bei einem Festmahl, das die neugegründete Liga der Republik, eine linke Seite bürgerliche Organisation, gestern abend veranstaltete, hielt deren Führer Painlevé eine politische Rede, in der er sagte, alle Welt sei einig, daß Frankreich die Kosten der Reparationen nicht tragen könne und dürfe. Aber wie könne man praktisch Reparationen erlangen? Zweiterlei sei möglich: Einmal den Alliierten zu sagen: Wir haben das Recht, wir haben die Macht; wenn wir eure Zustimmung nicht erlangen, sind wir zusammen, daß was man uns schuldet, selbst zu nehmen. Welche der nationalen Flügel die Politik betreibt? Wenn ja, dann mda; er die Regierung allein übernehmen und die Maßnahmen zur Kenntnis bringen, durch die er Frankreich Reparationen und Sicherheit gewährleisten will. Aber unzulässig sei es, die Stimme einer Regierung zu geben, die eine andere Politik betreibe, und sie zu gleicher Zeit vor der öffentlichen Meinung als schwach an bezeichnen und sie in der entscheidenden Stunde zu verlassen. Die andere Flügel besteht darin, die Meinung mit den Alliierten aufrecht zu erhalten und den Frieden herzustellen. Damit Frankreich bezahlt werden wird, mußte Deutschland produzieren und seine Produktion außerhalb des Landes absetzen. Die Welt mü

## Der 75 prozentige Sprung der Mehl- und Brotpreise.

Berlin, 16. Jan. Bei der letzten Besprechung des Preisausschusses bestand bei der Regierung die Absicht, den Preis möglichst bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres beizubehalten. Die Durchführung dieser Absicht erwies sich als unmöglich und zwar in der Hauptsache aus zwei Gründen: erstens infolge des ständigen Drucks der Entente auf Abbau der Reichsausfuhr und zweitens infolge der seit der letzten Festlegung eingetretener unerordentlichen Verschlechterung der Währung.

Die Bekanntmachung für das Auslandsgerechte wird sich voransichtlich so stellen, daß bei Beibehaltung der bisherigen Abgabepreise von dem Reich an Verbilligungsabschlüssen etwa 18,5 Milliarden Mark für das ganze Jahr am 15. August 1922 abgelaufenen Wirtschaftsjahr aufzumenden sein würden, in das außer den bereits bewilligten 22,7 Milliarden Mark noch weitere 18,5 Milliarden Mark erfordert würden. Bei Berechnung dieser Summen ist das bereits gesetzte Auslandsgerechte mit dem tatsächlichen Kaufpreis, der noch zu beschaffende Rest auf der Grundlage der voransichtlichen Dolarkurste und des derzeitigen durchschnittlichen Dollarurteils eingeleget worden. Bei einem Anstieg des Dollars von 100 Mark würde die Zusage des Reiches für die Preiszurücknahme immer noch über 12 Milliarden Mark bis zum 15. August 1922 betragen. Bei einem Anstiegsdurchschnitt des Dollars von 25 Mark 20,2 Milliarden Mark. Abgesehen von der Finanzlage des Reiches, welche die Anbringung derartiger Mittel als ausgeschlossen erscheinen läßt, zwingt der dauernde Druck der Entente zum Abbau dieser Aufsätze als Voraussetzung für Erleichterungen unserer Verpflichtungen.

Auch diesen Gründen hat sich die Reichsregierung gesetzt gegeben, dem Gedanken einer Erhöhung der Mehl- und Brotpreise näher zu treten. Das Reichskabinett hat beschlossen, die Abgabepreise der Reichsregierung für Mehl und Getreide mit Wirkung vom 16. Februar 1922 ab zu erhöhen. Diese Erhöhung wird eine Steigerung des Brotpreises zur Folge haben, die nach den angekündigten Durchschnittsberechnungen auf etwa drei Prozent des jetzigen Preises zu veranschlagen ist, wobei sich je nach den örtlichen Verhältnissen in den einzelnen Kommunalverbänden Abweichungen nach oben oder unten ergeben können. Bei der Durchschnittsberechnung ist die vorausichtliche Erhöhung der Unkosten nach Möglichkeit bereits berücksichtigt.

Auch bei dieser Erhöhung der Mehl- und Brotpreise wird das Reich bei einer Zugrundelegung des derzeitigen durchschnittlichen Dollarurteils für die Abdeckung der Auslandseinkäufe immer noch 10,5 Milliarden Mark und selbst bei einem Dollarurteil von 100 Mark noch 6,25 Milliarden Mark aufzumenden haben, also selbst im letzten Jahre noch etwa das Doppelte von der bisher bewilligten Summe. Die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise bedeutet zweifellos eine schwere und sehr bedauerliche Belastung der Lebenshaltung der Bevölkerung. Angesichts der Gestaltung der politischen und finanziellen Verhältnisse ist sie aber nicht zu vermeiden. (B. T. R.)

## Parteilag des Zentrums.

Meldung unter Berliner Schriftleitung. Berlin, 16. Jan. In der heutigen geschlossenen Sitzung des Verteilungsausschusses wurde zunächst Generalsekretär Dr. Rosenthaler über Parteiorganisation. Redakteur Emil Ritter führte als Berichterstatter der Programmkommission über

die neuen Richtlinien der deutschen Zentrumspartei n. a. Mit dem Ausdruck Partei der Mitte sei das Wesen der Zentrumspartei nicht genauer gekennzeichnet. Die Zentrumspartei sei vor allem eine Gesinnungsgemeinschaft auf positiv christlicher Grundlage. Dazu trete die Tradition der Partei, das nationale Bewußtsein. Das Zentrum sei die Partei des Volkes ohne jeglichen Klassencharakter, ohne nationalistischen Egoismus. Prinzipien, die den Nationalen fehlt, das Zentrum ab. Das nationale Recht und das göttliche Recht seien die Grenzen der Staatsgewalt. Die Reichseinheit sei feste Rechtsgrundtradition, ebenso traditionell sei aber die Ablehnung der zentralistischen Tendenzen, die schneidende Macht auf das eigene Leben der Länder. Das Zentrum verwerfe die rein individualistische Gesinnung, die liberal-kapitalistische Anarchie und die sozialistische Mechanisierung des Erwerbslebens. Es wolle die bewusste Gemeinschaftsverantwortlichkeit der Christen und Stände. Auf dem Boden der Solidarität soll dann die Wirtschaftsordnung stehen. Das Privatleben in ihm dürfe nicht als Bestgarantie für eine bevorzugte Schicht aufgefasst werden, sondern sei ein christlich-soziales Prinzip, das auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse aller angewendet werden müsse. Deshalb fordere die Partei den Mittelstand, um des gefundenen gesellschaftlichen Aufbaus willen.

Wie einige Berliner Blätter berichten, hielt heute mittag Reichsstaatsrat Dr. Wirth eine Rede über die politische Lage, die für vertraulich erklärt wurde.

## Öffentliches und Sächsisches.

### Die neue Verfassung der ländlichen evangelisch-lutherischen Landeskirche.

Der Verfassungsausschuß der Landeskirche erhielt den Bericht über die Beratung des Ennwers einer Verfassung der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen und beantragt, den Ennwer nach den Anträgen des Ausschusses anzunehmen und das Kirchenregiment zu erlauben, in das zu erlassende Kirchenregest eine Bestimmung folgenden Inhalts aufzunehmen: „In den Fällen, in denen die verbindliche Anwendung des Kirchenrates inwendlich den einzelnen Gemeinden, insbesondere zu gewölbekirchlichen Verhältnissen erforderlich ist, ist ein Befreiungsvorbehalt zu bestimmen, der wendischen Sprache mächtiger Geistlicher mit der Vertretung des Kirchenrates auch über teilweise zu beauftragen.“

Am 27. und 28. über den Landeskirchenausschuß und den Landesbischof in Anspruch. Sie lauten folgendermaßen:

#### Landeskirchenausschuß.

Der Landeskirchenausschuß hat die Vertretung der Landeskirche mit Ausnahme der Rechtsvertretung. Außerdem steht ihm zu:

1. der Bericht eines Ausgleiches von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Synode und dem Landeskirchenamte, sowie die Zustimmung zu dem Befreiungsvorbehalt des Kirchenamtes gegen Beschlüsse der Synode im Sinne des § 24;
2. die Bekanntgabe in kirchlichen Disziplinarfällen;
3. die Bekanntgabe der Kirchengebote;
4. die Auflösung der Synode;
5. die Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verfassung;
6. die Berufung von Mitgliedern der Synode;
7. die Verebung der Mitglieder des Landeskirchenamtes in den Kirchendienst, vorbehaltlich der Regelung des Kirchhauses durch die kirchlichen Gerichte;
8. die Zustimmung zu Verfassungsänderungen.

Der Landeskirchenausschuß steht sich zusammen aus dem Landesbischof, dem Präsidenten des Landeskirchenamtes, dem Präsidenten der Synode und zwei weiteren von der Synode zu wählenden Mitgliedern, einem geistlichen und einem weltlichen, die sich um die Kirche besonders verdient gemacht haben, allgemeines Vertrauen in der Kirche geweckt und seiner kirchlichen Behörde angehören. Werben Mitglieder der Synode gewählt, so scheiden sie aus der Synode aus. Die drei Erbkanonisten bleiben für die Dauer ihres Amtes Mitglieder des Landeskirchenausschusses. Die beiden Erbkanonisten können nach sechs Jahren aus, können aber wieder gewählt werden. Der Vorstand führt der Landeskirchenausschuß in seinen Berichtung der Präsident des Landeskirchenamtes. Die Tätigkeit im Landeskirchenausschuß ist ehrenamtlich. Die Beschlüsse des Landeskirchenausschusses können nur auf Antrag oder nach Gehör des Landeskirchenamtes ergehen.

#### Landesbischof.

Der Landesbischof ist der führende Geistliche der Landeskirche und als solcher zu allen geistlichen Verhandlungen im ganzen Lande berechtigt. Er wird in gemeinsamer Wahlabhandlung von der Synode und dem Landeskirchenamte gewählt. Der Landesbischof führt den Vorzug im Landeskirchenausschuß und ist Mitglied des Landeskirchenamtes, ohne jedoch in dieser Eigenschaft der Dienstansicht des Präsidenten zu unterliegen. Er hat das Seamt und die Pflicht,

1. überall, wo dies ihm oder dem Landeskirchenamte erforderlich erscheint, die geistlichen Interessen der Landeskirche persönlich wahrzunehmen;

2. das gesamte religiöse Leben der Landeskirche und dessen kirchliche Bedeutung zu überwachen und die zu seiner Förderung nötigen Anregungen an die kirchlichen Behörden anzubringen, ja nach Bedürfnis auch gräßliche Auftrachten an die Geistlichen und Kirchengemeinden des Landes zu richten;

3. die Amisfürsorge der Kirchendiene und, soweit erforderlich, die Pfarrämter und die Kirchengemeinden zu rüsten, sowie Evangelisationen und Vollkommenen im ganzen Kirchengebiet zu veranlassen und zu überwachen;

4. die Kirchenrate in ihr Amt einzuführen, sie und die Geistlichen mit Beslagnahmen in geistlichen Angelegenheiten zu versieben, den Urlaub an Kirchenräte und andere kirchliche Einvernehmen mit dem Landeskirchenamte zu ertheilen; I. 2. Riffel 13;

5. die geistliche Tätigkeit und die wissenschaftliche Fortbildung der Geistlichen, besonders auch durch Führungnahme mit den geistlichen Konferenzen, zu beobachten und zu fördern, auch wo erforderlich feierlicherlich auf die Geistlichen der Landeskirche einzuwirken;

6. für die Heranbildung der Geistlichen zu sorgen und zu dem Zwecke die Kandidaten, Kandidatenvereine und den inneren Betrieb der Predigerseminare zu beaufsichtigen;

7. dem Landeskirchenamte Vorschläge für die Beklebung aller geistlichen Stellen, soweit sie dem Landeskirchenamte auftreten, zu machen, sowie die abzuordnenden klare und hilfsgeistlichen auszuwählen, die Vollauführung der Ordination der Geistlichen durch den zuständigen Kirchenrat anzuordnen; 8. für allgemeine Geist- und Bußtage die Texte der Predigten und Bußabläufe zu bestimmen.

Im Behinderungsfalle wird der Landesbischof, soweit erforderlich, durch einen von ihm selbst zu bestimmenden geistlichen Rat des Landeskirchenamtes vertreten. Außerdem ist ihm zu seiner persönlichen Unterstützung in seinen Amtsgeschäften ein geistlicher Hilfsarbeiter des Landeskirchenamtes im Bedarfsfalle beizugeben.

#### Groß-Dresdens Angestelltenkost für Erhaltung der Angestelltenversicherung.

Das vorläufige Ergebnis der Wahl der Vertrauensmänner und Erbkanoniker für Angestelltenversicherung für den Stadtbezirk Dresden für die Gruppe der Angestellten ist: Die Gesamtzahl der gültigen Stimmen betrug 9255 davon entfielen auf Liste

A. A. B. B.	1077 Stimmen
B. weibliche	1511
C. freifende Kauf., u. Buchhandl. Geh.	68
D. Allgemeine freie Angestellte	2565
E. Medizinalwiss.-Angestellte	108
F. Gewerkschafts-Angestellte	2196

Von diesen Stimmen waren verbunden: A, B, C, E und F. Diese erhielten also zusammen 9200 Stimmen. Nach der vorläufigen Berechnung verteilten sich die Stimmen folgendermaßen: Vertrauensmänner: A 1. und 4., B 5., D 2. und 7., E 2. und 6. Erbkanoniker: A 1. 2. und 6., B 3., D 4. und 7., E 2. Erbkanoniker: A 2., 6. und 7., B 1., D 1. und 5. Somit erhalten die Hauptabteilungen der Landeskirchenverbandes 5 Vertrauensmänner und 11 Erbkanoniker, die Angestelltenkost Groß-Dresdens hat sich also für die Erhaltung und den Ausbau der Angestelltenversicherung ausgesprochen.

Gleichzeitig wurde festgestellt, daß von den einzigen eingesetzten Arbeitgeber-Botschaften für die vor geistlichen 7 Vertrauensmänner und 11 Erbkanoniker gelten. Das Wahlergebnis wird in den nächsten Tagen amtlich bekanntgegeben werden.

## Die Bedeutung des Obstanbaus für die sächsische Landwirtschaft.

Von Johannes Schommer.

Wiederholung des Sächs. Landesobst- und Weinbauvereins. Ein jeder Vater kennt wohl den Auftrag des Reichslandbundes an die Landwirtschaft. Auch die sächsische Landwirtschaft kann die Vorbildlichkeit der oböhmischen Steigerung der Erzeugung herbeizuführen helfen. Die Erzeugung des deutschen Volkes aus dem Reichsbund auf rund 30 Millionen Doppelzylinder mit einem Wert von mindestens 12 Milliarden Mark. Nach unserer Einschätzung müssen davon mindestens 10 Millionen Doppelzylinder aus dem Ausland beziehen werden, sogleich wir in der Lage sind, unterer Gesamtbedarf an Obst selbst zu erzeugen.

Röwendig: Die Deutschnatur des nördlichen Landwirtschaftsministers über die Förderung des Obstanbaus in Preußen vom Dezember 1921 bestätigt den Gesamtjahresbedarf des deutschen Volkes an Obst auf rund 30 Millionen Doppelzylinder mit einem Wert von mindestens 12 Milliarden Mark. Nach unserer Einschätzung müssen davon mindestens 10 Millionen Doppelzylinder aus dem Ausland beziehen werden, sogleich wir in der Lage sind, unterer Gesamtbedarf an Obst selbst zu erzeugen.

Erreichbar: Es kommt zunächst nicht darauf an, große Obstanpflanzungen auszuführen, unter Obstanbestand reicht aus, den Bedarf zu decken. Kulturliebhaber und Organisationsleiter sind dazu, daß die Erzeuger hinter dem Bedarf zurückzubleiben. So gilt es denn auch bezüglich des Obstanbaus, vorsichtig und selbstbewußt zu arbeiten. Der vorhandene sächsische Obstanbau ist zunächst vor auf den Volksbedarf umzustellen. Unsägige Sorten sind durch Umpflanzungen schnell in passende Sorten umzuwandeln, die in der betreffenden Lage ertragsgemäß gut und reich tragen. Neuanlagen sind nach großzügigen Gesamtansprüchen auszuführen. Gerade in Sachsen gibt es bis zu einer Höhe von 800 Meter viele Lagen und Böden, die für landwirtschaftliche Kulturen kaum in Frage kommen können. Sie können durch Obstanbau nämlich gemacht werden, als wenn man Ackerholz und Riesig erniet. Aber Bodenwerte und Löhne dürfen wir heute nicht spilen und umwirtschaftlichen Maßnahmen operieren. Alle Arbeiten seien sachgemäß, gut und richtig auszuführen nach neuer Schätzpunkten, neuheit auf Erfahrungen.

Der sächsische Obstanbau ist organisiert im Sächsischen Landesobst- und Weinbauverein, Dresden. Bürgermeister G. H. Diezen. Diesem Landesverband sind zurzeit 115 Bezirksobstbauvereine mit etwa 20000 Mitgliedern

## Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: "Hoffmanns Erzählungen" (18). Schauspielhaus: Richard (17). Residenztheater-Schauspielhaus: "Hoffmanns Erben" (18). Residenz-Theater: "Schwindich - Lotte" (18). Central-Theater: "Die Braut des Faustus" (18).

† General-Theater. Die Operette "Die Brant des Zuges" gelangt täglich wieder in der Eröffnung zur Aufführung.

† Großer Philharmonischer Konzert. Sonntag, 7. Uhr, im Gewerbehaus. Dritter Großer Philharmonischer Konzert. Dirigent: Edmund Lindner. Solist: Eugen Klein, Hecht (1. Teil) in Dresden, Pillnitz, Ernst Stern, Heinrich Klein, Hecht (2. Teil) in anderen.

† Ein Dolmetscherbureau. Der Verein "Wirtschaftsschule" der Leipziger Studenten, e. V., eröffnet dieser Tage ein Übersetzung- und Dolmetscherbüro. Es werden Übersetzungen in etwa zwanzig Sprachen ausgeführt.

In dem Bureau sind handelsmäßig vertriebene Auslandsbücher tätig.

† Ein Vieder- und Balladen-Abend von Wilhelm Haardt (Mitglied der Städtischen Schauspielhaus) findet am Mittwoch, den 23. Januar, abends 18 Uhr, im Konzerthaus statt.

† Konzerte. Gestern, Morgen, Mittwoch, abends 18 Uhr, Konzerthaus, wiederholte Alfred Neher und Alexander Wiertz ihr diesjähriges neues Programm. Rarität im Niedersachsenhaus und an der Akademie.

† Ein Elfenbach-Abend. Otto Kreissler führte am 21. Januar, abends 18 Uhr, in der Kaufmannshalle mit ihren Schülerinnen und Schülerinnen "Die Verlobung bei der Elfenbach".

† Dresden's Klavier-akademie. Die jüngst erzielten Gesänge von Walter A. Katholm in Leipzig, Halle, Bremen, Altenburg und anderen wichtigen Städten durch Leipziger Künstler zur erfolgreichen Aufführung. Werner hat der Leipziger Universität-Gitarrendoktor Otto Wenzel Klavier für seine demnächstige Aufführung "Neue Klaviermusik" zur Aufführung angenommen.

† Mandolinen-Sitzung. Der Mandolinen-Klub als Verantworter der Mandolinen-Sitzung hat demnächst ein Sitzungskabinett von jährlich 1000 Mark erneut zu vergeben. Nach den Bestimmungen des Klubes sind aus den Sitzungskabinett-Gehalts an drei aus dem Klavierschule gehaltene, talentvolle und klassebedeutende Musiker an drei aufeinander folgende Jahre zu gewähren. Bewerber wollen ihre Melodie bis spätestens 21. März bei der Komitee der hiesigen Akademie der bildenden Künste (Brüderstraße 10) einreichen.

† Die Entwicklung des deutschen Bühnenbildes wird in einer Ausstellung in Hannover vorgeführt, die Dr. Wolfgang Hoffmann-Hornstein veranstaltet hat. Sie soll die Wandlungen des Bühnenbildes im letzten Jahrhundert und insbesondere die Werke der Gegenwart zeigen, auf der Bühne die neuen künstlerischen Aufwältungen zu verwirklichen. Dementsprechend findet man Dekorationen, Kostüme und Bühnenbilder von alten Meistern wie

Delobella, Ruentes, Schinkel, Quagliio, und neuere Entwürfe zu Bühnenbildern und Figuren von Meistersleiter, Kempin, Schumacher, Delavilla, Adolf Mahnle, Dresden, Pilatz, Ernst Stern, Heinrich Klein, Hecht (1. Teil) in Dresden, und anderen.

† Ein Dolmetscherbureau. Der Verein "Wirtschaftsschule" der Leipziger Studenten, e. V., eröffnet dieser Tage ein Übersetzung- und Dolmetscherbüro. Es werden Übersetzungen in etwa zwanzig Sprachen ausgeführt.

† Amerikanische Spende für Götinger Studenten. Professor Beyer von der Columbia-Universität in New York überreichte dem Götinger Studentenverein 100000 Mark als Ergebnis einer Sammlung für gemeinnützige Zwecke.

† Deutsche Ausstellung in Tokio. Der neu gegründete 100 Meter E. B. in Berlin hat die Aufforderung erhalten, sich an der großen Landesausstellung in Tokio im April 1922 mit einer eigenen Ausstellung zu beteiligen.

Während ein japanisches Künstlerkomitee drüben die Vorbereitungen trifft, steht ein japanischer Maler, der vor Jahren in Deutschland studiert hat, dem ausstellenden Verein zur Seite.

† Die Londoner Oper als Drama. Die Royal Opera House in London hat die Aufführung des "Mozarts und Wagner" (18) in ein Drama für das Volk umgewandelt. Engagiert wird es mit einer technisch einwandfreien faszinierenden Bühnengabe eines Blobs: "Zwei nach Innwald" von Erich Buchwald-Zinnwald, und auch verbreitet im Texte befinden sich Bilder, die die Schönheiten Sachsen vor Augen erheben lassen. So sehen wir Albrecht und die Königin von Nürnberg, die Augustusburg und den Alten Zisterzienserkloster Schneckenberg. Ebensowohl sind die Kästel, die bei aller Bühnentheft das gemeinsame Ziel verfolgen, die diese zur engeren Heimat zu harken und zu erhalten.

† Die Bagende Serie. Ein Wettbewerb in fünf Bildern von Egon E. J. in Dresden. Der Sieger wird im Stadtbezirk Dresden wieder aufgeführt. Der zweitplatzierte Schriftsteller behandelt "Die Heimat des Landwirts". Reichstagsabgeordneter Dr. Roedelius-Borsig behandelt "Die Hilfsaktion des deutschen Landwirts". Reichstags









Konzertdirektion F. Ries (F. Plöiner)  
Heute Dienstag 7 Uhr Gewerbehau  
H. großes Philharmonisches Konzert  
Solist: Eugen d'Albert  
Dirigent: Edwin Liadner  
Karten: F. Ries, Seestr. 21 u. Abendkasse.

Orchesterverein „Philharmonie“, Vereinshaus  
Donnerstag, Jubiläums-Aufführung.  
10. Jan. 8 Uhr: Dr. E. Schubert, Künstler; Prof. Wille, Cellist (Gästespeler).

## Liga zum Schutze der deutschen Kultur

Landesgruppe Sachsen  
Johann-Georgen-Allee 23, III.

Dr. Walther Croll, Berlin  
spricht über das Thema:

## „Welt-Schacher“

am Dienstag, den 24. Jan., abends 8 Uhr im großen Konzerthaussaal, Reitbahnstr.

Eintritt für Mitglieder frei.  
Nichtmitglieder: Saalkarte Mark 3.—  
Galeriekarte Mark 5,— (einschl. Steuer).

## Deutsche Volkspartei.

Am Mittwoch, den 18. Januar 1922 abends 8 Uhr findet im Gedenkssaal, Johann-Georgen-Allee, eine

## Gedenfeier der Reichsgründung

Sach.: Ministranten: Kultusminister: Dr. Heinrich Müller, Reichsminister: Walter Reichenau vom Reichsabler Schauspielhaus, Elly Blau: Städtebau-Büro, Deutscher

## General von François

über  
Die Schlacht bei Tannenberg.

Eintritt für Mitglieder u. Gäste 2.— einschließlich Eisener. Reisen bei Uebach: Münchner — Grönauer, Münchner, Münchner Straße 21 — Reichsabteil. — Deutsches & Co., Friedrichstraße 10 — Paul Braun, Güterstraße 14 — Dr. Riedel, die neue, Pfeiffer, Dresden 9, Auftrittsraum 2. — Jüngste Konzert: Pfeiffer, Ritterstraße 10 — Dr. Riedel, Münchner Straße 21 und Goethestraße 8 — Dr. Riedel, Auguste-Straße 77 — Dr. Riedel, 8 — Dr. Riedel, Auguste-Straße 77 — Dr. Riedel, 8 — Dr. Riedel, Dresden 70 — Herrn Dr. Riedel, Güterstraße 14 — außerdem in den Parkeinkaufsstätten: Streicher Güter, 1. u. Güterhofstraße 13, 1. sowie an der Elbbaude

## SARRASANI

Vorverkauf: Circuskasse und Residenz-Kaufhaus  
Tages-Aufstellung.  
Täglich 7.15 Uhr

## Morgen auch 3 Uhr

Nachmittags (Kinder- und Familienvorstellung)  
Kinder haben Freizeit.

Altabendlich:

## GADBIN II

Der Herr des Todes

## KONZERTHAUS

VORNEHMSTE GROSSTÄDTSICHE  
EINKEHRTÄTTE  
REITBAHNSTRASSE AM HAUPTBAHNHOF

## Prinzeß-Tanz-Diele

Restaurant — Ballsaal — Bar.

## Kaffeehaus Blesch

Jeden Dienstag und Freitag nachm. 5—7 Uhr  
Großes Extra-Konzert

### Heitere Künstler-Abende

Monat Januar:

Walter Pintos, der beliebte Humorist,  
August Bororo, Opernsänger,  
Lia Laria, Komikerin,  
Schwester Romani, Pantom-Virtuosen,  
Romani-Trio, Bratsche Instrumentalisten,  
Käthe Heisler, Klavierspielerin,  
Ellen Wanda, Sprözen- und Verwandlungskünstlerin.  
Täglich nachmittags und abends:

Künstler-Konzert  
der Hauskapelle Kurt Patzig.

**Wo sieht man die Geheimnisse von Berlin?? Vaterlandlichtspielen**  
**Wann sieht man die Geheimnisse von Berlin? Täglich 4, 6, 8<sup>1/2</sup>, Sonntags 3<sup>1/2</sup>, Uhr.**  
**Was für Geheimnisse gibt es in Berlin? Urteilen Sie selbst!**

**Bankhaus**  
**Grieshammer & Söder**  
Dresden-A., Viktoriastrasse 28  
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte  
Fernsprecher 17303.

**Restaurant**  
**Continental-Hotel**  
Vornehmstes Restaurant  
am Hauptbahnhof.

Täglich abends  
**Künstler-Konzert**

Elegante Räume für Privatfestlichkeiten  
und Konferenzen.

**Rote**  
**mühle**  
**HH** hammers hotel  
Dienstag  
Ball - Abend  
9. Februar  
Maskenball

Oltern 1922 — 57. Schuljahr — Aufnahmen

bis 31. Januar erbeten.

Spieldauern 11 bis 14, außer Sonnabends 4 bis 6 Uhr.

**Klemisch'sche Handels- u. höh. Fortbildung-Schule**  
Dresden 11, Marchitz 3 Bernipreber 13/100

Antiquitätenhandlung A. Sandor,  
München, Hohenlohestraße 7.

Antiquitätenhandlung A. Sandor,  
München, Hohenlohestraße 7.